

A Norddeutsche Arbeiterstimme

Nummer 2

Februar 1954

5 Pfennig

Gedenkt der Februartoten!

In den frühen Morgenstunden des 4. Februar 1919 eröffnete die von Noske zur Wiederherstellung der „Ruhe und Ordnung“ nach Bremen dirigierte Division Gerstenberg ihren umfassenden Zangenangriff auf Bremen. Es galt, der verhassten Bremer Räteherrschaft den Garaus zu machen.

Für die politisch klarer blickenden Arbeiter stand es von vornherein fest, daß die militärische Krautprobe nur mit einer Niederlage der kampfbereiten Vorhut des Bremer Proletariats enden konnte. Trotzdem listeten die nur nach wenigen Hunderten zählenden Verteidiger Bremens dem militärisch übermächtigen Angreifer einen erbitterten Widerstand, der diesem Respekt und blutige Opfer beibrachte. Sie retteten damit die proletarische Ehre in einer Situation, in der die Möglichkeit einer tragbaren Kompromißlösung durch die provokatorischen Absichten der Ebert-Scheidemann-Noske und ihrer konterrevolutionären Hintermänner zerschlagen worden war.

Um einen solchen Kompromiß hatten sich vom Rat der Volksbeauftragten entsandte Vertreter aller drei Richtungen (KPD, USPD und Mehrheitssozialisten) gemeinsam mit Abgeordneten der Soldatenräte von Groß-Hamburg und des IX. Armeekorps von Wilhelmshaven und Oldenburg bemüht. Es kam daraufhin am 2. Februar auch zu dem sogenannten „Verdener Abkommen“. (In Verden war die Division Gerstenberg mit 16 Eisenbahnzügen Kriegsmaterial entladen worden). In diesem Abkommen hieß es:

„Die Volksbeauftragten Bremens sind bereit, auf Verlangen der Reichsregierung zurückzutreten. Die bewaffnete Arbeiterschaft Bremens ist bereit, an den Korpssoldatenrat des IX. A. K. alle Waffen und Munition abzuliefern.“

Ferner hieß es: „Die Mehrheitssozialisten Bremens und sämtliche Vermittler erbitten von der Reichsregierung die sofortige Zurücknahme der Division Gerstenberg, da deren Aufgabe restlos erfüllt ist.“

Hierbei ist noch zu erwähnen, daß der Vorsitzende des Groß-Hamburger Soldatenrats, Lampf, der sich besonders um Vermittlung bemühte, ebenfalls Sozialdemokrat war.

Die Antwort des „Sozialdemokraten“ Noske war eine brüskierende Ablehnung, obwohl dieses Abkommen vom Adjutanten der Gerstenberg-Division, „Genossen“ Hauptmann Dammer, und einem Leutnant Pritzelwitz mit unterzeichnet und von Pritzelwitz und Lampf gemeinsam nach Berlin gebracht worden war. Noske forderte am Nachmittag des 3. Februar den sofortigen Rücktritt des Rates der Volksbeauftragten und eine Regierungsbildung nach den Ergebnissen der Wahlen zur Nationalversammlung sowie Ablieferung der Waffen an diese. Das sollte alles noch am Nachmittag des 3. Februar geschehen.

Inzwischen war der militärische Halbkreis um Bremen schon geschlossen, die ersten Gefechtsberührungen hatten

stattgefunden. Noske wollte den Kampf, er hat ihn bekommen. Das Ergebnis sollte aber etwas anders aussehen, als die Konterrevolutionäre sich erhofft hatten. Sie zogen zwar als Sieger, aber als ziemlich gehemmte Sieger in Bremen ein. Der weiße Terror forderte zwar einige Opfer (hinterhältige Erschießungen im Lloyd-Bahnhof), konnte sich aber wegen des sofortigen geschlossenen Widerstandes der bremischen Arbeiterschaft nicht entfalten.

Zwar wollte die Mehrheit der bremischen Arbeiterschaft noch nicht für die Ziele der Kommunisten kämpfen (die während der Zeit der Bremer Räteherrschaft immer eine Minderheit waren), aber sie begriff sofort, daß es galt, gegen die lumpenproletarischen Landsknechtsfiguren der Garde-Kavallerie-Schützendivision (die bereits in Berlin gegen Spartakus gewütet hatte) und gegen die brotlosen Berufssoldaten und Bürgersöhne des Caspari-Freikorps eine einheitliche Phalanx zu bilden.

Knapp einen Tag nur dauerte die militärische Besetzung der AG-Weser, dann mußten die Gerstenberger das Werftgelände wieder räumen. Und erst als die rote Fahne wieder über dem Fabrikgelände flatterte, ertönte der erste Hammerschlag.

Ein 21er Rat der bremischen Arbeiterräte konstituierte sich sofort und stellte umgehend die Forderung nach Freilassung der gefangenen Kämpfer des 4. Februar und Niederschlagung der Verfahren gegen alle Kämpfer, die sich keiner kriminellen Vergehen schuldig gemacht hatten. Als dieser Forderung nicht unverzüglich stattgegeben wurde, erzwang die bremische Arbeiterschaft ihre Bewilligung durch einen Generalstreik, der alle Teile der Arbeiterschaft erfaßte und selbst die Strom- und Wasserversorgung stilllegte. Am 6. März wurde der Streik nach vollem Sieg beendet.

„Diesmal“, schrieb ein bürgerlicher Berichterstatter, „stand hinter den U. S. (Unabhängige Sozialdemokraten) und Kommunisten auch ein großer Teil der Mehrheitssozialisten.“

Die Blutopfer des 4. Februar waren nicht vergeblich gewesen. Sie hatten das Vertrauen der Arbeiterklasse in ihre Kraft nicht geschmälert. Das offenkundige doppel-, ja drei- und vierzüngige Verhalten der sozialdemokratischen Führer hatte die SPD-Arbeiter in offenen Widerspruch zu ihrer Führung getrieben und sie wieder in die gemeinsame Klassenfront eingereiht.

Wenn wir, zurückschauend, die wichtigsten Lehren aus der ersten Epoche des Novemberumsturzes ziehen wollen, so dürfen neben den positiven auch die negativen nicht verschwiegen werden.

Zum ersten hat der Verlauf der Novemberrevolution in ihren ersten Stadien gezeigt, daß sich die proletarische Revolution nur auf der Grundlage der Räteherrschaft durchsetzen kann. Die ersten Erfahrungen auf dem Gebiete der Organisation dieser Räte zum Zweck der politischen und wirtschaftlichen Machtausübung haben sich hier gezeigt. Aber auch die Rolle der Kommunistischen

Partei als Dirigentin sowohl des Aufstandes wie der in den Räten zusammengefaßten proletarischen Massen ist einer „grausam-gründlichen Kritik“ der Tatsachen unterzogen worden.

Diese Kritik ergibt sich vor allem aus den entscheidenden Fehlern, welche die damals noch kleine, aber im Vergleich zu ihren Vorläufern (dem Spartakusbund, der Bremer Linken) doch sprunghaft gewachsene Kommunistische Partei Deutschlands gemacht hat. So war es, nach dem Abklingen der ersten revolutionären Welle, ein schwerer Fehler, die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung abzulehnen. Das gleiche gilt für den Boykott der Betriebsrätewahlen nach den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes. Ein geradezu gefährlicher Fehler war die Gründung „revolutionärer“, „kommunistischer“ Gewerkschaften, durchgesetzt durch den starken ultralinken Flügel (die späteren KAPD-Anhänger).

Alle diese fehlerhaften Beschlüsse, die z. T. bereits auf dem Gründungsparteitag der KPD Neujahr 1918/19 in Berlin gefaßt wurden, waren eine Folge des sehr raschen Wachstums der Partei und ihrer Durchsetzung mit radikalen, aber politisch unerfahrenen Arbeitern und intellektuellem Spreu aus dem Kleinbürgertum.

Die wirklichen Führer blieben gegenüber diesem verblendeten Radikalismus in der Minderheit. Selbst Johann Knief hatte erst kurz vor dem Parteitag seine Boykottstellung zu den Nationalversammlungswahlen geändert. Karl und Rosa wurden ermordet, Mehring, Knief starben kurz darauf. Keiner von ihnen konnte in den folgenden Wochen noch entscheidenden Einfluß auf den ideologischen Gärungs- und Reifeprozess der Partei nehmen.

Es soll die Frage hier offen bleiben, ob es Knief gelungen wäre, zu verhindern, daß die mehrheitssozialistischen Vertreter aus dem Bremer Rat der Volksbeauftragten ausgeschlossen und damit die hinter ihnen stehenden sozialdemokratischen Arbeiter brüskiert wurden, die bei den Wahlen zu den Arbeiterräten immer noch die Mehrheit der Stimmen stellten.

Die sozialdemokratischen Arbeiter von ihren Führern zu trennen, dazu hätte es einer geschickten Einheitsfrontpolitik bedurft. Das waren aber Voraussetzungen, die in der jungen KPD der Bremer Rätezeit nicht gegeben waren und gegeben sein konnten, ganz zu schweigen von einer richtigen Stellung zu dem Wortradikalismus der zentristischen USPD.

Zum Schluß noch eine Frage an die SPD-Arbeiter: Bis vor einigen Jahren noch war es üblich, daß am 4. Februar auch die Gewerkschaften und die SPD zur Beteiligung an der Feier für die Revolutionsgefallenen aufriefen. Dann haben sich die Bürokraten mit der faulen Erklärung von dieser lästigen Pflicht befreit, daß es „nach so vielen Jahren“ an der Zeit sei, nicht mehr alljährlich, sondern etwa alle fünf Jahre eine würdige Feier zu veranstalten. Werden sie an dieses Versprechen erinnert werden?

Der neue Betriebsrat der AG-Weser

Der bei der AG-Weser Bremen aus 29 Kollegen bestehende und neu gewählte Betriebsrat hat sich inzwischen konstituiert. 1. Vorsitzender ist Koll. Boehrnsen, SPD, 2. Vorsitzender als Vertreter der Angestellten Joppel, SPD. Als 3. Betriebsrat ist der Koll. Strulik, SPD, freigestellt worden. Schriftführer wurde Koll. Saevecke, KPD. (Koll. Saevecke hatte bereits im vorigen Betriebsrat diese Funktion und war als einziges Mitglied der KPD auf der Gewerkschaftsliste aufgestellt und in den Betriebsrat gewählt worden.)

Dem neuen Betriebsrat fällt nunmehr die Aufgabe zu, gestützt auf die Belegschaft und die Vertrauensmänner, die betrieblichen Forderungen der Kollegen durchzusetzen. Gelingt dies, dann wird auch die gesamte Kollegenschaft der AG-Weser zu der Ueberzeugung gelangen, daß der betriebliche Kampf gegen ihren Unternehmer nur dann zu einem entscheidenden Erfolg werden kann, wenn sie sich außerhalb ihres Betriebes vor allem mit den Kollegen der Automobilindustrie und des Hafens zur gemeinsamen Aktion gegen das gesamte Bremer Unternehmertum vereinigen.

Salzgitter

Ost-West-Gespräche in der Praxis

Unter der Überschrift „Hallendorfer fordern friedliche Lösung der Deutschlandfrage“ veröffentlichte „Die Wahrheit“ am Montag, dem 11. Januar, einen Artikel, in dem sie schreibt, daß in Verwirklichung des Vorschlags des stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR, Walter Ulbricht, sich die Deutschen aus Ost und West, insbesondere die Arbeiter, durch gegenseitige Besuche näherkommen, um die Verständigung der Deutschen untereinander voranzutreiben.

Wenn allerdings dieses löbliche Beginnen so aussieht, wie es sich praktisch im Kraftwerk Hallendorf abgespielt hat, werden die Arbeiter aus Ost und West nicht zusammenkommen. Nach Rücksprache mit dem Betriebsrat im Kraftwerk stellten wir fest, daß drei Personen vom Kraftwerk Harbke (Ostzone) an die Direktion herangetreten sind, um das Kraftwerk Hallendorf zu besichtigen. Sowohl der Betriebsrat als auch die Belegschaft hatten erst später durch die Veröffentlichung in der „Wahrheit“ erfahren, daß da irgendwer im Kraftwerk war, und es stimmt keineswegs, daß Diskussionen oder Gespräche mit den Arbeitern stattgefunden haben.

Ein Obergerieur des Hallendorfer Kraftwerks soll erklärt haben, „daß die Großmächte den Vorschlag, der dem Wunsch aller ehrlichen Deutschen entspricht, unbedingt annehmen müßten, nämlich die friedliche Lösung der deutschen Frage“. Auch dieser Obergerieur war baß erstaunt, als er aus der Zeitung von seinen Geistesblitzen, die er angeblich von sich gegeben hatte, erfuhr. Noch mehr waren die Arbeiter erstaunt, als sie lasen, daß die Arbeiter aus Harbke bei ihrem Rundgang feststellten, daß sich das westdeutsche Kraftwerk in einem veralteten Zustand befände und mit ihrem modernen Kraftwerk in Harbke nicht Schritt halten könne. Die Kollegen, die beide Werke kennen und mit denen wir darüber gesprochen haben, behaupten das Gegenteil. Aber diesen Streit überlassen wir den Beteiligten.

Uns wundert nur, daß man zu solch dummen und blöden Mitteln greift und sich dadurch nur noch mehr kompromittiert als bisher. Das einheitliche Deutschland werden die Arbeiter schaffen, indem sie ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und dies nicht dummen Schreiberlingen überlassen, die mit ihrem Schwindeln das Gegenteil von dem erreichen, was sie bewirken wollen.

Niedersachsen

Tarifikündigung der DAG - Was weiter?

Jetzt ist endlich heraus, welch eifriger Verfechter der Interessen der Angestellten die DAG ist. Sie hat sich jetzt ein Herz gefaßt, ist dem „Arbeitgeber“ aufs Fell gerückt und hat den Tarifvertrag für die Angestellten aufgekündigt. Nur wissen diese edlen Streiter noch nicht, was sie weiter tun sollen. Vor allen Dingen haben die Angestellten selbst bis jetzt von der Aufkündigung oder darüber hinaus sehr wenig gehört.

Es ist auch kein Wunder, wenn dem so ist und der DAG dabei angst und bange wird. Was sollen sie auch tun, ohne Unterstützung der Arbeiter können die Angestellten sowieso einen ernsthaften Kampf nicht führen. Die alte Mär der DAG, daß nur sie allein in der Lage wäre, die wirklichen Interessen der Angestellten zu vertreten, entpuppt sich nun vor der gesamten Angestelltenschaft. Es wird endlich Zeit, daß die Angestellten das einsehen und erkennen, daß sie nur gemeinsam mit ihren Kollegen Lohnempfängern etwas erreichen können. Die Arbeiter verfügen nicht nur zahlenmäßig, sondern auch entsprechend ihrer ganzen Stellung innerhalb des Betriebes über eine viel größere Kampfkraft, während die Angestelltenschaft isoliert zur Ohnmacht verurteilt ist.

Dies gilt voll und ganz für die DAG. Daher muß man erkennen, daß nur in einer Industrieorganisation, in der Arbeiter und Angestellte gemeinsam organisiert sind, ihre Interessen durchgesetzt werden können. Wenn notwendig, müssen sie über den Kopf ihrer Führung hinweg zum selbständigen Handeln kommen.

Fragt einmal die DAG, was sie nun nach der Aufkündigung zu tun gedenkt — sie wird den Angestellten die Antwort schuldig bleiben!

Der Angriff auf den Wohnungsbau

Einer der ersten Angriffe des bürgerlichen Senats in Hamburg richtet sich gegen den sozialen Wohnungsbau. Um den Weg frei für das private Haus- und Bauunternehmertum zu bekommen, wurde dem Dir. Schmidtchen von der Wohnungsbaukasse gekündigt. Schmidtchen ist Sozialdemokrat. Die Kündigung erfolgte mit der Begründung, daß er für die Zukunft nicht das Vertrauen des Senats habe und daß er nicht dessen Wohnungsbaupolitik durchführen werde.

Diese Entlassung wurde gegen die Stimmen der SPD im Verwaltungsrat der Wohnungsbaukasse gebilligt. Daraus ist zu ersehen, daß dieser Apparat auch unter dem sozialdemokratischen Senat in der Mehrheit mit Bürgerlichen besetzt war. Als Nachfolger war der Syndikus des Hamburger Haus- und Grundeigentümersvereins Sieleck vorgeschlagen. Er wurde — bei Stimmenthaltung der SPD — in den Vorstand der Wohnungsbaukasse gewählt. Ob er diesem als Vorsitzender vorstehen wird, ist noch nicht entschieden.

Doch hören wir, was die SPD zu diesem Angriff sagt:

„Daß Direktor Schmidtchen die Richtlinien des Senats in der Wohnungsbaupolitik nicht einhalten werde, stellt einen geradezu unerhörten Vorwurf gegen einen Mann dar, der 40 Jahre als aktiver Demokrat im öffentlichen Leben gestanden hat.“

Die SPD hält es für eine Beleidigung, daß ein sozialdemokratischer Beamter unter einer bürgerlichen Regierung nicht „seine Pflicht“ erfüllen werde, auch wenn es gegen seine Überzeugung und seine Klassengenossen geht. Doch will sie sich gegen diesen „unhansatischen Geist“ zur Wehr setzen. Aber wie?

„Die SPD-Fraktion wird sich darum gegen ein solch herausforderndes Vorgehen mit allen rechtlichen und parlamentarischen Mitteln zur Wehr setzen.“

Es bleibt also bei der Maulschusterei: Im Hamburger Parlament ist die SPD in der Minderheit, das Recht sprechen die Richter der bürgerlichen Gesellschaft.

Kommen wir nun zur Frage des Kommunaldarlehns des gewerkschaftlichen Unternehmens „Neue Heimat“. Dieses hatte dem SPD-Senat im letzten Jahr ein Angebot gemacht, ihm ein Darlehn in Höhe von 40 Mill. DM — vermutlich Gewerkschaftsgelder — zu vermitteln, um es ihm dann unter Uebnahme des erforderlichen Zinszuschusses wieder zuzuleiten. Nach dem jetzigen Senat wird die Sache so dargestellt, als ob der SPD-Senat nach dreimaliger Änderung dieses Darlehn nicht angenommen habe.

Darauf erklärt die SPD nun, daß diesem Projekt im Grunde bereits zugestimmt wurde, nur daß die Wahlen den Abschluß verhindert haben. Der jetzige Bürgersnat hat eine Prüfung nochmals zugesagt. Diese Katzbalgerei interessiert uns weniger. Sollte aber der soziale Wohnungsbau, so unzulänglich er sein mag, vom Staat nicht mehr gefördert und unterstützt werden, so wird der Wohnungsbau auf den Hund kommen und Arbeitslosigkeit im Baugewerbe eintreten.

Im Jahre 1952 hat der gemeinnützige Wohnungsbau in Hamburg 46,9% gleich 11 185 Wohnungen gegenüber dem privaten Bau mit 51,5% gleich 12 231 Wohnungen errichtet. Von der Unterstützung durch Verwendung öffentlicher Mittel erhielt der gemeinnützige Wohnungsbau 69,6% oder es wurden 10 703 Wohnungen mit öffentlichen Geldern gebaut. Den privaten Bauherren wurde eine Unterstützung von 29,1% oder gleich 4470 Wohnungen gegeben. Der Rest fiel auf Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts. (Aus dem Statistischen Jahrbuch 1952).

Um diese Angriffe abwehren zu können, forderte Nevermann, SPD, auf einer Gewerkschaftsversammlung die Mobilisierung der ganzen Öffentlichkeit. Hier liegt in der Tat der wichtigste Ansatzpunkt zur erfolgreichen Abwehr. Die „rechtlichen und parlamentarischen“ Mittel werden nichts, höchstens das Gefächler der Grund- und Hausbesitzer einbringen. Aber schon einmal in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung hat es eine mächtige Abwehrbewegung der Werktätigen gegen den Mietenwucher gegeben. In den Jahren 1919 bis 1923 bildeten sich Mieterorganisationen, die alle dem Mieten-

wucher Preisgegebenen zu gemeinsamem Handeln vereinten. Demonstrationen, Versammlungskampagnen und auch Mieterstreiks mobilisierten die Werktätigen von einer Frage her, die sie zutiefst bewegte.

Heute ist die drohende Erhöhung der Mieten eine Angelegenheit, die große Massen bewegt, was umso bedeutender ist, als die politische Trägheit nur sehr wenige Möglichkeiten offen gelassen hat, die Werktätigen in Bewegung zu setzen. Deshalb muß überall, wo die Nevermann die „ganze Öffentlichkeit“ mobilisieren wollen, auf diesen Erfahrungsschatz zurückgegriffen und die Bildung von werktätigen Mieterorganisationen propagiert werden. Von den Arbeitern auf dem Bau und in den Betrieben hängt es ab, ob die Angriffe und Pläne des Bürgerblocks verwirklicht bzw. abgewehrt werden können.

Neben der Erhöhung der Miete in der kommenden Zeit will man durch dichtere Bebauung den Profit vergrößern. Für die Haus- und Grundeigentümer ist es ohne Interesse wie die Proleten leben. Hauptsache, sie schinden den größtmöglichen Profit heraus. Wenn Mietkasernen ihnen diesen bringen, werden sie eben gebaut. Der Traum von breiten Straßen und Grünanlagen in Wohngebieten zerrinnt am Profit.

Den Arbeitern sagte Engels in seiner Schrift zur Wohnungsfrage bereits 1872:

„Und solange die kapitalistische Produktionsweise besteht, solange ist es Torheit, die Wohnungsfrage oder irgend eine andere das Geschick der Arbeiter betreffende gesellschaftliche Frage einzeln lösen zu wollen. Die Lösung liegt in der Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, in der Aneignung aller Lebens- und Arbeitsmittel durch die Arbeitsklasse selbst.“

Bremen-Goliath:

Um die Neueinstufung und den Urlaubstermin

In der Nummer 24 der ARPO berichteten wir über die Aktion der Kollegen der Goliath-Werke, die den Konzerngewaltigen und früheren Wehrwirtschaftsführer Borgward, den ungekrönten König der Bremer Automobilindustrie, zwang, die von den Kollegen geforderte Weihnachtsgratifikation nach einem Sitzstreik von 4 Stunden zu bewilligen. Die so bewiesene Kampfbereitschaft zeigte den Kollegen, daß es gilt, hier anzuknüpfen, um in der Frage der gekündigten Betriebsvereinbarung weitere Forderungen zu verwirklichen.

Während des Urlaubs ist es bei den Goliath-Werken üblich, den gesamten Betrieb zu schließen (Betriebsurlaub). Die Festsatzung dieses Betriebsurlaubes war immer ein Streitobjekt, wobei bisher die Interessen der Geschäftsleitung den Ausschlag gaben. So wollte die Direktion den Urlaub für das Jahr 1954 in die Zeit vom 9. bis 21. August legen. Ein großer Teil der Kollegen wohnt jedoch in Niedersachsen, wo die Schulferien schon am 7. August beendet sind. Den Kollegen, die Kinder haben, wäre es nach dieser Regelung nicht möglich gewesen, die Ferien mit ihren Kindern zu verbringen.

Der Betriebsrat unterbreitete daher der Geschäftsleitung den Vorschlag, den Urlaub vom 23. Juli bis zum 7. August mit ihm zu vereinbaren. Nach längeren Verhandlungen und anfänglich hartnäckigem Widerstand der Direktion erklärte sich letztere bereit, dem Vorschlag des Betriebsrates „im Interesse des Betriebsfriedens“ zuzustimmen.

Seit Anfang des Jahres wurden weiterhin Verhandlungen auf Initiative des Betriebsrates mit der Geschäftsleitung darüber geführt, bei Wiedereinstellung der entlassenen Kollegen diese zu genau festgelegten Bedingungen zu entlohnen, um jede Willkür seitens der Direktion auszuschalten. Inzwischen — in der Zeit vom 20. Dezember 1953 bis jetzt — sind nämlich etwa 200 bis 230 Wiedereinstellungen vorgenommen worden.

Diese nunmehr vereinbarten Bedingungen lauten: Wird ein Kollege innerhalb von 3 Monaten wiedereingestellt, so erhält er unter der Voraussetzung der gleichen Beschäftigung den gleichen Leistungslohn, den er gehabt hat. Wird dagegen ein Kollege innerhalb von 3 bis 6 Monaten nach seiner Entlassung wiedereingestellt, erhält er wiederum unter dem Gesichtspunkt der gleichen Beschäfti-

tigung die alte Leistungszulage, allerdings nur bis zu 20 Prozent seines Grundlohnes. Werden diese Kollegen aber, wenn sie vorher als Facharbeiter tätig waren, jetzt als angelernte Arbeiter eingestellt, so bekommen sie einen um 10 Pfennig geringeren Grundlohn.

Die Modernisierung der Technik in der kapitalistischen Produktionsweise, das heißt die Umstellung von der Handarbeit auf das Fließbandsystem, hat zur Folge, daß immer weniger Facharbeiter erforderlich sind. Die auf dem Automobilmarkt vorhandene scharfe Konkurrenz fördert diese Entwicklung besonders. So wurden dem Betriebsrat der Goliath-Werke durch die Direktion Angaben unterbreitet, wonach bei den Opel-Werken zum Beispiel nur 12% Facharbeiter sein sollen, während sie im eigenen Werk zur Zeit 50% der Gesamtbelegschaft ausmachen sollen.

Die technische Entwicklung kann und will auch niemand von uns aufhalten. Solange allerdings die Unternehmer im Besitz der Fabriken und Maschinen sind und somit jeder Werkstätige gezwungen ist, seine Arbeitskraft an die Unternehmer zu verkaufen, wird der technische Fortschritt sich nicht zum Vorteil der Arbeiter, sondern gegen sie auswirken. Erst wenn die Arbeiter sich selbst in den Besitz der Produktionsmittel setzen, führt jede technische Verbesserung dazu, daß durch die Mehrerzeugung der Lebensstandard der Arbeiter gehoben und die Arbeitszeit gleichzeitig verkürzt werden kann.

Das ist eine Grunderkenntnis, die sich jeder Arbeiter zu eigen machen muß. Die Vertrauensmänner der Goliath-Werke haben am 21. Januar auf einer Vertrauensleitzung in einem einstimmig gefaßten Beschluß den gewerkschaftlichen Kampf um eine 15%ige Lohnerhöhung gefordert, wenn die von der Adenauer-Regierung angekündigten Preiserhöhungen in Kraft treten. Dieser Beschluß der Vertrauensmänner beweist, daß sie und die Betriebsräte, getragen vom Willen der Belegschaft, aus eigener Erkenntnis die Lehre gezogen haben, daß die für sie entscheidenden Fragen nicht allein innerhalb des betrieblichen Rahmens, sondern nur im Zusammenhang mit den allgemein gesellschaftlichen Vorgängen zu lösen sind.

Salzgitter

Wirtschaftslage der Hütte nicht rosig

In den Tätigkeitsberichten des Betriebsrats für 1954 gab Koll. Söchtig einen objektiven Überblick über die Beschäftigungslage der Hütte. Daraus ging hervor, daß bereits Mitte 1953 Anzeichen einer Krise in der Eisen- und Stahlindustrie vorhanden waren. Nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in der gesamten Welt, einschließlich Amerikas.

In Westdeutschland führte der Krisenbeginn zu Entlassungen und Kurzarbeit. Einige Gießereien haben sogar dicht gemacht. Diese Erscheinungen wären auch in der Hütte eingetreten, wenn nicht das Thomasstahlwerk und Walzwerk beschleunigt aufgebaut worden wäre und so die überschüssigen Arbeitskräfte nach dort umgesetzt werden konnten.

Die Ursachen dieser Erscheinung liegen in dem Nachlassen der Rüstungskonjunktur. Die Eisen- und Stahlpreise sinken, die verarbeitende Industrie übt beim Einkauf starke Zurückhaltung. Das Ergebnis ist Produktions einschränkung. Die Lieferung von Koks und Strom nach der Ostzone verhinderte dies in der Hütte und bewirkte, daß Kokerei und Kraftwerk voll ausgelastet werden konnten. In den anderen Abteilungen sank die Produktion.

Die größten Schmerzenskinder sind immer noch der Maschinen- und Stahlbau sowie die Gießerei. Letztere ganz besonders, weil sie nach wie vor ein erlöckliches Defizit aufweist. Die Belegschaftstärke der Gießerei ist seit Ende 1952 von 450 auf ca. 200 Mann zusammengeschnitten. Sonderbar dabei ist nur, daß das Defizit immer mehr anschwoft, je mehr Leute aus der Gießerei umgesetzt wurden.

Die Leistung des einzelnen Formers ist seit 1951 im Durchschnitt um das Dreifache gestiegen. Daraus kann wohl geschlossen werden, daß die Ursache des Defizits auf höherer Ebene liegt als beim Kumpel. Sehr richtig wurde einmal vom Betriebsleiter bemerkt, daß die Gießerei für den derzeitigen Auftragszugang zu groß ist. Das ist auch der wirkliche Grund des Defizits. Es gibt freilich noch andere Dinge, die dabei eine Rolle spielen, sie sind aber nicht entscheidend. Selbst wenn die Gießerei

vollkommen stillgelegt werden würde, entstünden mindestens noch 40 bis 45.000 DM Unkosten zu ihrer Unterhaltung.

Seit dem 1. Januar 1954 ist die Gießerei dem Stahlwerk unterstellt, dessen Leiter nun Maßnahmen ergreifen sollen, um das Defizit zu beseitigen. Die erste davon war, 22 Leute umzusetzen. So hatten es die anderen auch schon versucht, freilich ohne den gewünschten Erfolg. Es ist kaum anzunehmen, daß diesmal das Ergebnis ein besseres sein wird. Ein Zusammendrängen der Produktion auf engen Raum (2 Hallen), um damit den Unkostensatz zu senken, kann zwar, auf die Gießerei allein berechnet, die roten Zahlen senken. Vom Standpunkt der gesamten Hütte gesehen, hat das aber nur rein formellen Wert.

Bei dieser Gelegenheit ist noch darauf hinzuweisen, daß die neue Leitung für Sonntag, den 24. Januar, zehn Mann zu Aufräumungsarbeiten bestellte. Während auf der einen Seite Umhensetzungen wegen Arbeitsmangel erfolgen, kann man nicht 10 Mann sonntags arbeiten lassen. Das ist nicht in Ordnung. Das Argument: „Es geht nicht anders“, stimmt nicht. Es besteht durchaus die Möglichkeit, die Aufräumungsarbeiten während der regulären Arbeitszeit durchzuführen. Es muß Aufgabe des Betriebsrats sein, solche Dinge zu unterbinden und der Betriebsleitung klar zu machen, wie es anders auch geht.

Eine „Mistgabel“ gehört zu jedem - Misthaufen!

Mit diesem Prozeß hat für die Arbeiterschaft im Salzgittergebiet ein unerfreuliches Kapitel seinen Abschluß gefunden. Es gehörte in den vergangenen Jahren zu einem festen Bestandteil des „politischen“ Wirkens der KPD oder ihrer Nebenorganisationen (der sogenannten Tarnorganisationen), über den 1. Betriebsratsvorsitzenden, Koll. Erich Söchtig, seit er aus der Kommunistischen Partei ausgeschieden war, in regel- oder unregelmäßiger Folge die größten Verleumdungen und Gemeinheiten zu veröffentlichen nach der Devise: „Etwas wird schon hängen bleiben!“

Es gehörte zum festen Bestandteil der Arbeiterschaft, daß man die eigenen Angelegenheiten unter sich regelt und nicht vor den Schranken des bürgerlichen Gerichts. Diesem Standpunkt ist der Koll. Söchtig all die Jahre hindurch treu geblieben, er wurde jedoch von vielen Arbeitern nicht immer richtig verstanden oder geteilt. Hier oder dort glaubte vielleicht sogar der eine oder andere in dieser Haltung eine gewisse Schwäche und Belastung zu sehen.

Als man im Monat August 1953 dazu überging, in der größtlichen und gemeinsten Weise in einer Zeitschrift, der sogenannten „Mistgabel“, Behauptungen aufzustellen, die der Durchstecherei und Begünstigung von Unterschlagungen gleichkamen, sah sich die IG Metall, Ortsverwaltung Salzgitter-Lebenstedt, veranlaßt, gegen die Herausgeber vorzugehen. Es war behauptet worden, daß der 1. Bevollmächtigte, Busch, sowie der 2. Bevollmächtigte, Söchtig, einem Unterkassierer, der 6000 DM Gewerkschaftsgelder unterschlagen hatte, nahegelegt hätten, zu erklären, „er solle angeben, daß er die Tasche verloren hätte, dann könne man ihm nichts nachweisen!“

Dieser Tatbestand stand nun zur Behandlung vor dem Schöffengericht in Salder. Der verantwortliche Herausgeber der „Mistgabel“ war der Arbeiter Thiele, hinter dem andere Kreise, die sich zu der sogenannten „Sozialistischen Aktion“ zählen, stehen. Die Verhandlung ergab natürlich, daß diese Behauptungen in keiner Weise aufrechterhalten werden konnten, sodaß der Betreffende zu 2 Monaten Gefängnis und Tragung sämtlicher Kosten verurteilt wurde. Die wirklich Schuldigen aber bleiben im Hintergrund und lassen jetzt den Arbeiter Thiele, nachdem „der Mohr seine Schuldigkeit getan hat“, hängen.

Über den moralischen Tiefstand dieser Hintermänner braucht man weiter keine Worte zu verlieren. Eine solche Haltung ist eines jeden klassenbewußten Arbeiters unwürdig. Wenn der Arbeiter Thiele am Schluß der Verhandlung versicherte, daß er den ganzen Vorfall sehr bedauere und niemals die Absicht gehabt habe, Busch oder Söchtig zu verdächtigen, daß er jedenfalls damals davon überzeugt gewesen sei, daß die ihm zugegangenen Informationen zutreffen und er in gutem Glauben gehandelt habe, so sei ihm gesagt: In einem solchen Falle informiert man sich selbst, statt gewissenlosen Drahtziehern Glauben zu schenken.

Die Arbeiter aber mögen erkennen, was sie in Zukunft von solchen Lärminstrumenten und Verleumdungen zu halten haben.